



Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Schülergerichte in Sachsen-Anhalt: Erfolgsprojekt wird auch 2026 ausgeweitet

Die Justiz des Landes Sachsen-Anhalt baut das Projekt „Schülergerichte“ 2026 weiter aus. Nachdem im vergangenen Jahr neue Standorte hinzugekommen sind, ist nunmehr die Einrichtung von einem weiteren Schülergericht in Bitterfeld-Wolfen vorgesehen. Die entsprechende Förderung wird gegenwärtig vorbereitet. Damit wächst das landesweite Netzwerk von Angeboten, in denen speziell geschulte Jugendliche Verantwortung übernehmen und über kleinere Delikte von Gleichaltrigen – etwa Diebstahl, Beleidigung, Missbrauch von Notrufen oder einfache Körperverletzung – in einem pädagogisch begleiteten Verfahren beraten und entscheiden.

Sachsen-Anhalts Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Franziska Weidinger: „Die Ausweitung des Projektes stärkt die Kriminalprävention und die Rechtsstaatsvermittlung an unseren Schulen. Mit jedem weiteren Standort erhalten mehr Jugendliche in Sachsen-Anhalt die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, Konflikte fair zu lösen und Demokratie im Alltag praktisch zu erfahren. Bei den Bescheidübergaben habe ich immer wieder erlebt, wie viel Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Projektverantwortlichen und weiteren Beteiligten in diesem Projekt steckt. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank – ohne dieses Engagement vor Ort wäre der Erfolg der Schülergerichte in Sachsen-Anhalt nicht denkbar. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den neuen Projektträgern.“

Linda Schuck, Koordinatorin für die Schülergremien, vom Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung e. V.: „Mit der Ausweitung des Projekts Schülergremium auf weitere Standorte in Sachsen-Anhalt ist 2025 ein wichtiger Entwicklungsschritt gelungen: Das Projekt wird breiter verfügbar gemacht und zugleich strukturell so aufgestellt, dass Qualität und Verlässlichkeit auch mit zusätzlichen Trägern gesichert werden können. Aktuell stellen die Projektmitarbeitenden das Projekt an Schulen vor und werben Schülerinnen und Schüler an, die sich ehrenamtlich im Projekt engagieren möchten. Genau hier beginnt die eigentliche Wirkung: Jugendliche übernehmen Verantwortung, lernen zuzuhören, abzuwägen und Entscheidungen zu begründen. Als Koordinierungsstelle konnten wir das Projekt bereits in einer gemeinsamen Dienstbesprechung mit dem Justizministerium sowie dem Bildungsministerium vorstellen. Parallel sind die Projektmitarbeitenden startklar: Die Ausbildungsinhalte für die neuen Schülergruppen wurden bereits erarbeitet. Die Ausbildung beginnt, sobald sich ausreichend Schülerinnen und Schüler angemeldet haben. Gleichzeitig werden die notwendigen Gespräche mit den zuständigen Staatsanwaltschaften geführt, damit Verfahren und Abläufe verlässlich ineinandergreifen. Für 2026 ist unser Ziel klar: stabile Kooperationen, der Ausbildungsstart für Schülerinnen und Schüler sowie eine Umsetzung, die Qualität sichert und das Projekt in den Regionen verankert.“

Im Jahr 2025 wurden unter Federführung des Justizministeriums die Strukturen bereits gezielt ausgebaut: Es wurden freie Träger zur Projektumsetzung gewonnen. Hierfür wurden mehr als 120.000 Euro an Fördermitteln aus dem Europäischen Sozialfonds ESF Plus bereitgestellt. Neue Standorte in Halle (Saale), Gardelegen, Sangerhausen und Naumburg (Saale) erhielten entsprechende Förderbescheide. Kurz vor dem Jahreswechsel erfolgte die Zusage für ein weiteres Schülergericht in Salzwedel. Zu den neuen Schülergerichten in Salzwedel und Bitterfeld-Wolfen wird es demnächst offizielle Bescheidübergaben durch Justizministerin Franziska Weidinger geben.

Die Koordinierung der Projektausweitung sowie die Schulungen übernimmt der Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e. V. Das erste Schülergericht in Sachsen-Anhalt wurde 2007 vom Anti-Gewalt-Zentrum

Harz e. V. gegründet und hat seitdem mehrere Hundert Fälle bearbeitet. Das Projekt im Harz gilt bis heute als Vorbild für weitere Schülergremien im Land.

Verantwortlich:
Danilo Weiser
Pressesprecher | Referatsleiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
des Landes Sachsen-Anhalt
Domplatz 2 - 4
39104 Magdeburg

Tel.: +49 391 567-6235, -6234
E-Mail: mj.presse@sachsen-anhalt.de

mj.sachsen-anhalt.de
justizkarriere.sachsen-anhalt.de
X: x.com/Justiz_LSA